

Giscard: Unordnung und frühes Leid

Nur 13 Tage lang blieb Reformminister Servan-Schreiber im Amt – Präsident Giscard opferte ihn den Gaullisten, ohne deren Hilfe er seine laut verkündete Reformpolitik nicht durchsetzen kann. Ohnehin wird es Giscard schwer haben, Frankreichs Wirtschaft zu sanieren, die Kluft zwischen arm und reich zu schließen. Denn wenn er Erfolg haben will, muß der Präsident Politik gerade gegen jene Franzosen machen, die ihn gewählt haben: die Wohlhabenden.

Mit neuen Männern und einer neuen Mehrheit, so versprach Frankreichs Staatschef Giscard d'Estaing vor seiner Wahl, wolle er eine neue Politik betreiben. Doch er tut sich schwer mit dem Neuen.

Einer der neuen Männer – Reformminister und „L'Express“-Verleger Jean-Jacques Servan-Schreiber (JJSS), Chef der Radikalsozialistischen Partei, flog nach 13 Amtstagen, weil er gegen die alte Politik zu Felde gezogen war.

JJSS hatte gegen Frankreichs geplante Atombombenversuche im Pazifik protestiert – seit langem schon. Im vergangenen Jahr war er zusammen mit dem General und Pazifistenführer de Bollardiére in einem Charterboot ins Sperrgebiet gefahren. Frankreichs Marine brachte die Atomtest-Gegner auf.

Am Vormittag des vorletzten Sonntags bekräftigte JJSS öffentlich seine Atomgegnerschaft. Am Abend, als Servan-Schreiber gerade eingeschlum-

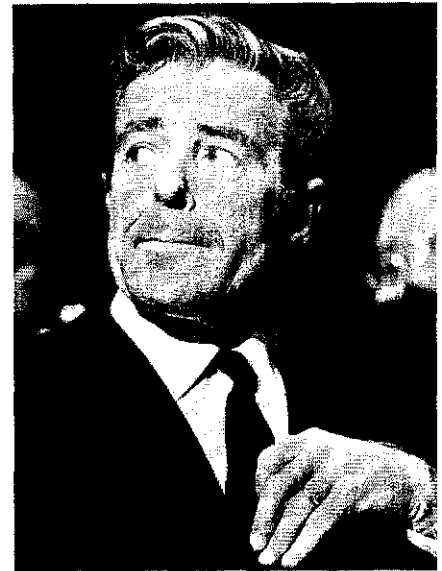
ert war, verkündete Premierminister Chirac die Entlassung des Rebellen. Weil Servan-Schreiber „gegen das Grundprinzip der Regierungssolidarität verstoßen“ habe und der Staatspräsident sowie er selbst die Äußerungen erst per Zeitungsticker erhalten hätten, so begründete Premier Chirac den Rauschmiß. Dagegen Servan-Schreiber: Er habe den Premier sehr wohl vorher informiert.

Der ebenso humorlose wie ehrgeizige „L'Express“-Herr ist in Frankreich schon fast eine romaneske Figur, mal Journalist, mal Politiker, halb Clown, halb Prophet. Das Irrlicht zwischen rechts und links, Anpassung und Protest, hatte 1970 den Gaullisten bei einer Nachwahl den Parlamentssitz von Nancy abgetrotzt, war dann aber bei dem Versuch kläglich gescheitert, auch noch dem damaligen Gaullisten-Premier Chaban-Delmas den angestammten Wahlkreis Bordeaux wegzunehmen.

„Er soll über die Zukunft nachdenken“, hatte Giscards rechte Hand, Innenminister Poniatowski („Ponia“) die politischen Aufgaben des neuen Reformministers umschrieben. JJSS tat das auf seine Art. „Wenn ich retüsiere“, sagte er, „bin ich der nächste Premier.“

Aber Servan-Schreiber war auch eine Art soziales Feigenblatt der konservativen französischen Regierung. Giscard's linker Flügelmann. Denn „bis hin zur nichtkommunistischen Linken“ sollte die Mehrheit des Staatschefs nach seinen Wünschen reichen – aber die richtigen Linken stehen in der Opposition. JJSS freilich war in mancher Hinsicht radikaler als die ganz Linken.

Er trat außer gegen die Force de frappe auch gegen das Prestige-Überschallflug-



Entlassener Servan-Schreiber
Überraschung im Schummer

zeug „Concorde“ öffentlich auf („Frankreichs industrielles Dien Bien Phu“) und geißelte den Pariser Zentralismus. Nicht einmal die Kommunisten hatten das gewagt. Besonders aber hatte er den Begriff „État UDR“ – UDR-Staat – geschaffen, was ihm die Gaullisten nie verziehen. Neben Servan-Schreiber selbst waren sie es, die Servan-Schreiber zu Fall brachten.

Gleich nach seiner Wahl hatte Staatschef Giscard die Gaullisten tief verletzt. Obgleich ihre Parlamentsfraktion mit 181 Abgeordneten bei weitem die größte ist, ernannte er nur vier der ihnen zu Ministern. In der vergangenen Woche machte er zwar sieben Gaullisten zu Staatssekretären (von insgesamt 21), aber drei von ihnen gehören der sogenannten „Gruppe 43“ an, einer UDR-Formation, die sich gleich nach dem Tode Pompidous gebildet und gegen eine Kandidatur des offiziellen Gaullisten-Kandidaten Chaban-Delmas gestellt hatte. Einer von ihnen zudem ist René Tomasini, der einst als Generalsekretär der UDR zurücktreten mußte, weil er dunkle Geschäfte getätigt hatte.

Gipfel der Herausforderung jedoch war, daß Präsident Giscard die „L'Express“-Herausgeberin Françoise Giroud zur Staatssekretärin für Frauenfragen bestellen wollte. Der neue UDR-Verteidigungsminister Soufflet und der UDR-Minister für Lebensqualität, André Jarrot, drohten daraufhin mit ihrem Rücktritt. Besonders gestört hatte sie, daß die JJSS-Vertraute und Mittelrand-Sympathisantin im „L'Express“ über den UDR-Kandidaten Chaban geschrieben hatte: „Man schießt nicht auf eine Ambulanz.“

Beraten von seinem Innenminister Poniatowski, gab Giscard den Gaulli-



Präsident Giscard: Zuckerbrot für die Gaullisten

sten nach der Peitsche das Zuckerbrot: Er verzichtete auf Madame Giroud und trennte sich von JJSS, wie UDR-Generalsekretär Sanguinetti von ihm verlangt hatte.

Zwar wollen Giscard und Poniatowski die starke UDR, die den Präsidenten nur halbherzig unterstützt, zertrümmern. Zuerst aber wollen sie einen neuen Parteiapparat aufbauen und dabei einen Teil der UDR-Organisation übernehmen. Bis dahin sind sie auf UDR-Hilfe angewiesen, wenn sie Gesetze im Parlament durchbringen wollen.

Das erste wird die Herabsetzung des Wahlalters von derzeit 21 auf 18 Jahre sein, ein riskantes Spiel: Nach Hochrechnungen hätte Sozialistenchef Mitterrand die vergangene Präsidentschaftswahl wahrscheinlich gewonnen, wären die jungen Franzosen halbberrechtigt gewesen. Zudem ist die Herabsetzung des Wahlalters eine der wenigen Reformen, die Giscard im Wahlkampf

angekündigt hatte und die ihn nichts kostet.

Ganz anders dagegen im Wirtschafts- und Sozialbereich. Dort hat Staatschef Giscard kaum Möglichkeiten, sich und seine Partei, die Unabhängigen Republikaner, als Vertreter des Fortschritts zu profilieren (siehe nachfolgenden Wirtschaftsreport). Und darüber hinaus gibt es nur wenig — ein liberales Abtreibungsgesetz etwa —, was Frankreichs Regierung kostenfrei durchs Parlament bringen kann.

Der größte Teil der versprochenen Neuerungen (Giscard am Tag seiner Wahl: „Ich werde Sie alle überraschen“), fürchten die Franzosen, werden Arabesken nach der Art der Servan-Schreiberei sein. Und davon gibt es noch mehrere.

„JJSS ist nur ein simpler Knallfrosch“, frotzelte „Le Monde“, „neben den Bomben, die geheim in den politischen Generalstäben gebastelt werden.“

men geschlossen, den nominalen Lohnzuwachs auf die Inflationsrate zu beschränken. Sollte Staatschef Giscard aber das gleiche ansteuern, würden die Gewerkschaften streiken. „Um den Inflationssatz zu senken, wäre eine Linksrregierung vielleicht besser gewappnet gewesen als eine Rechtsregierung“, schrieb Jean-Louis Servan-Schreibers Wirtschafts magazin „L'Expansion“, als der Bruder Jean-Jacques noch nicht aus dem Amt des Reformministers entlassen war.

Weiterwurschteln wie bisher aber kann Staatschef Giscard auch nicht. Zwar verfügt die französische Notenbank „Banque de France“ noch über Währungsreserven von insgesamt 34,74 Milliarden Franc, aber darin sind bereits auf dem Eurodollarmarkt gepumpte Devisen in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar und auch die Währungsreserven der zur sogenannten Franc-Zone zählenden Länder — meist Ex-Kolonien — enthalten.

Selbst eine Vervielfachung des Preises der unter de Gaulle und Pompidou aufgehäuften Goldreserven in Höhe von 20,8 Milliarden Franc (bei einem Unzenpreis von 42,22 Dollar) könnte das Land allenfalls bis zum Ende des nächsten Jahres retten. Und bis dahin ist Frankreich nach Meinung von OECD-Experten nicht über den Berg.

„Wenn Giscard reüssieren will“, prophezeit „L'Expansion“, „dann muß er eine Anti-Giscard-Politik führen.“ Der Staatschef müßte nicht den Armen den Gürtel enger schnallen, sondern den Reichen — doch gerade die wohlhabende Hälfte Frankreichs hat Giscard gewählt und ist darüber hinaus auf mageren Jahre überhaupt nicht vorbereitet.

Noch zu den Parlamentswahlen Anfang vergangenen Jahres war die damalige Regierungsmannschaft Messmer

„Ab in die Katastrophe“

SPIEGEL-Report über die Wirtschafts-Misere in Frankreich

Kaum hatten die französischen Rundfunk- und Fernsehstationen — am Abend des 19. Mai — den Sieg des Superministers Giscard d'Estaing bei den Präsidentschaftswahlen angekündigt, da stellten Pilger im südfranzösischen Wallfahrtsort Lourdes geweihte Kerzen auf und beteten: „Sie sollen für Giscard brennen, er wird es nötig haben.“

Hilfe von oben braucht der neue Elysée-Herr in der Tat, wenn er sein kühnes Versprechen an Westdeutschlands Bundeskanzler Helmut Schmidt einlösen will: die französische Wirtschaft rasch zu sanieren. Denn noch nie seit dem Zweiten Weltkrieg erwartete die Franzosen ein höheres Handels- und Zahlungsbilanzdefizit als heute und noch nie entwertete der Franc so schnell wie jetzt.

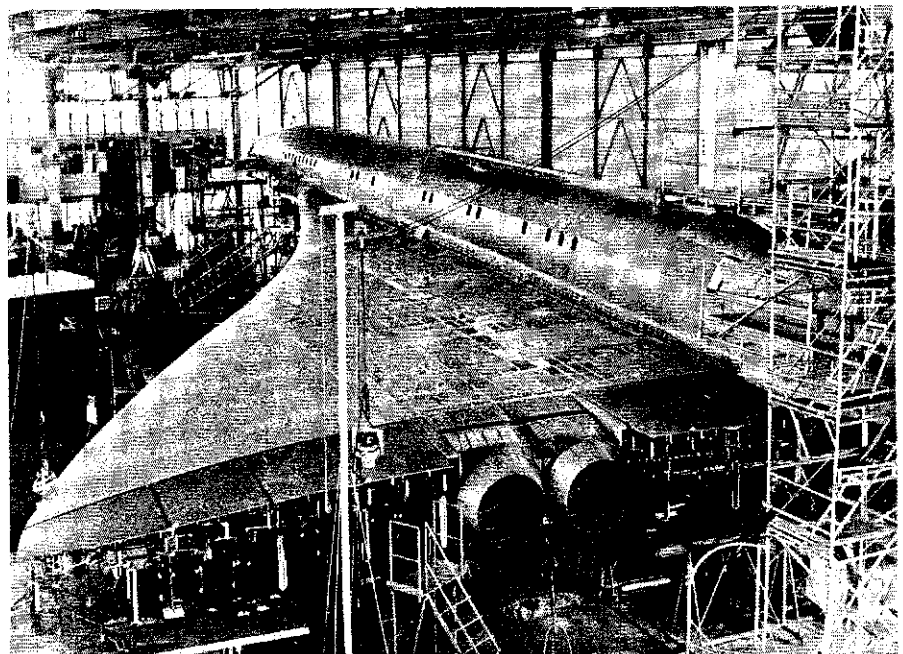
6,9 Milliarden Franc Defizit wies Frankreichs Handelsbilanz allein in den ersten vier Monaten 1974 aus. Bis zum Jahresende werden es, nach Schätzungen der OECD, 30 Milliarden sein — fast soviel wie die Banque de France an Gold- und Devisenreserven hortet.

Die Verbraucherpreise andererseits kletterten im April gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres um 13,2 Prozent. Um 5,9 Prozent aber schossen sie allein in den ersten vier Monaten 1974 nach oben, was — hochgerechnet — einer Jahresrate von fast 18 Prozent entspricht.

Das einzig Wirksame in solcher Lage, eine Politik extremer Sparsamkeit, kann Staatschef Giscard seinem Land aber nicht verschreiben. Denn anders als in der Bundesrepublik oder Großbritannien sind die großen Gewerkschaften in

Frankreich, die kommunistische „Confédération générale du travail“ (CGT) und die linkssozialistische „Confédération française démocratique du travail“ (CFDT), dem Regime feindlich gesonnen.“ „Wir werden doch (dem derzeitigen konservativen Premierminister) Chirac nicht zugestehen“, sagt CFDT-Chef Edmond Maire, „was wir (dem früheren, fortschrittlicheren Premier) Chaban-Delmas verweigert haben.“

Mit ihrem Kandidaten Mitterrand zwar hatten die CGT- und CFDT-Oberen ein stillschweigendes Übereinkom-



Concorde-Montage bei Toulouse: Elf Milliarden für nichts